

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvereins (S. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/23 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenleuba bei Herrn Hermann Eise; in Wolfenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unter Befehl der Behörde keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im Voraus 150 R.-Pfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Markt, 8. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Markt, 3 gesp. Retlamezeile 0,45 R.-Markt, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Markt, Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Markt, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachamt Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank in Coburg gütliche Waldenburg. Stadtkontostelle Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Einziehung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschlag hinfällig.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenburg und Ziegelheim.

Nr. 66

Freitag, den 19. März 1926

48 Jahrgang.

Eine verlorene Schlacht des Genfer Völkerbundes.

Der Völkerbund hat die Annahme Deutschlands einstimmig bis zum Herbst vertagt.

Die deutsche Delegation hat gestern Mittwoch Abend Genf verlassen.

Der Reichstag und der preussische Landtag nahmen am Mittwoch ihre Sitzungen wieder auf.

Die Locarno-Verträge bleiben in Kraft.

Die Stenerklärungsfrist wurde bis 8. April verlängert.

Der deutsch-magyarische Mikstranensantrag im Prager Parlament wurde abgelehnt.

Briand wird heute in der französischen Kammer die Regierungserklärung abgeben.

Die Fetsinger Regierung hat sich bereit erklärt, die Schiffsahrtssperre bei Tahn und Lientin aufzuheben.

Waldenburg, 18. März 1926.

In Hornberg war einmal ein großes Schützenfest. Als aber nach Beendigung des Schießens die Preise verteilt werden sollten, da stellte sich heraus, daß dies nicht möglich war, weil kein einziger Schütze die Scheibe getroffen hatte und es sich auch nicht feststellen ließ, wie weit jeder vorbeigeschossen hatte. Auch in Genf waren jetzt solche Meisterschützen beisammen, und so geht die Genfer Tagung ebenso aus, wie das Hornberger Schießen. Am Dienstagabend traten noch einmal die Preisrichter — sprich: Völkerbundsrat — zusammen, aber sie konnten auch wieder nur feststellen, daß es bei diesem Schießen keinen Sieger gab, und so soll im Herbst ein neues Preischießen stattfinden.

Sieger hat es in Genf nicht gegeben. Zwar hat Brasilien es fertig gebracht, die Genfer Tagung zu sprengen, aber sein Ziel, den ständigen Ratssitz, hat es nicht erreicht. Aber wenn es auch keine Sieger gegeben hat, so kann man doch vielleicht von Besiegten sprechen. So hat vor allem der Völkerbund als solcher eine schwere Niederlage erlitten. Als Besiegte sind aber auch Briand und Chamberlain anzusehen. Sie glaubten bisher, das Weltorchestron, Völkerbund genannt, zu meistern, und mußten nun erkennen, daß dieses von ihnen so klug erfundene Instrument nur Mikttöne hervorbringt, wenn auch nur ein kleines Teilchen nicht mitmachen will. Sie haben ihre Macht erheblich überschätzt, als sie uns glauben machten, daß sie in der Lage wären, im Völkerbund das durchzusetzen, was sie uns in Locarno versprochen haben.

Vielleicht werden es Briand und Chamberlain auch in ihren eigenen Ländern sehr bald spüren, daß sie mit einer großen Einbuße an Ansehen aus Genf zurückkehren. In Paris wird schon die Aussprache über die Regierungserklärung, mit der Briand am heutigen Donnerstag sein ausgebessertes Kabinett der Kammer vorstellen will, Gelegenheit zur Kritik an dem Genfer Fiasko geben. Schwieriger aber noch erscheint die Stellung Chamberlains, der in der englischen Presse einem wahren Trommelfeuer schärfster Kritik ausgesetzt ist. Wenn man bereits seine Stellung als schwer erschüttert erklärt, so mag das allerdings über das Ziel hinaus-schießen. Schon aus Prestige-gründen wird ihn die regierende konservative Partei zu halten suchen, wenn auch die Unzufriedenheit mit seiner Haltung in Genf bis weit in die Reihen der eigenen Partei hinein reicht. Auf welchen Ton die Kritik an Chamberlain eingestellt ist, davon nur eine Probe. Der „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel u. a.: „Daß Austen Chamberlain seinen eigenen Ruf ruinierte, sei seine Sache. Daß er aber sich mit all diesen niedrigen Intrigen verbinde, das ginge über das hinaus, was ihm das Unterhaus zu tun erlaubt habe.“

Und noch ein Festgeger ist zu nennen: der schwedische Außenminister Lunden. Das empfindet man vor allem in Schweden selbst. Die Kritik, die in der schwedischen Presse an Lunden geübt wird, ist fast noch schärfer als die englische Kritik an Chamberlain. So stellt „Dagligt Allehanda“ fest, daß Lunden Nerven den Anforderungen in Genf nicht gewachsen waren. Er sei krank gewesen und habe an psychischer Depression gelitten. Es werde lange dauern, bis Schweden wieder eine politische Rolle spielen könne.

Durch alle Kritik wird natürlich an dem Geschehen nichts mehr geändert. Viel wichtiger ist auch die

Frage, wie die Sache nun weitergehen soll. Mit der Vertagung ist es nicht getan. Die Schwierigkeiten werden im Herbst nicht geringer, sondern größer sein. Könnten bisher Spanien und Brasilien vielleicht noch die leise Hoffnung hegen, daß sie im Herbst doch noch das Ziel ihrer Sehnsucht, den ständigen Ratssitz, erreichen würden, so ist es damit jetzt aus. Eine Ratserweiterung kommt jetzt auch für den Herbst nicht mehr in Frage, denn dazu müßte erst Deutschland in den Völkerbund hinein. Ein Mittel gäbe es allerdings, um im Herbst zum Ziel zu gelangen; ein Mittel, das allerdings auch vom deutschen Standpunkt als äußerst bedenklich abgelehnt werden muß; eine Aenderung der Völkerbunds-satzung dahin, daß das Einstimmigkeitsprinzip im Rat abgeschafft wird. Dann könnte zwar Deutschland seinen Ratssitz bekommen, aber dieser Sitz wäre vollkommen wertlos.

Die vertagte Völkerbundstrife.

Der Beschluß der Vollversammlung.

Der entscheidenden Vollsitzung des Völkerbundes am Mittwoch ging eine halbstündige Ratssitzung vorher, die offenbar nur der Feststellung diente, daß seit Dienstagabend keine Aenderung der Lage eingetreten war. Unter ungeheurer Spannung begann dann um 10 Uhr 25 Minuten die Sitzung der Vollversammlung, die eingeleitet wurde durch

eine Erklärung Mello Francos.

Er begründete darin nochmals die Ansprüche Brasiliens auf einen ständigen Ratssitz und erklärte zum Schluß, daß die Instruktionen seiner Regierung an ihn unwiderruflich und unverändert geblieben seien.

Im einzelnen führte Mello Franco zur Begründung des brasilianischen Standpunktes aus, daß Brasilien niemals die Absicht gehabt habe, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern.

Aber Brasilien habe sich dagegen gewendet, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und der Abschluß der Locarno-Verträge zu einer unüberlegten Rekonstruktion des Völkerbundes benutzt werden sollte. Da dies zuletzt mit Trids und auf Antwegen versucht wurde, sei seiner Regierung nichts übrig geblieben, als durch den Einspruch gegen den deutschen Ratssitz die Entwicklung aufzuhalten, da andere Mittel, die verbotenen Trids zu verhindern, ihm, Mello Franco, nicht mehr zu Gebote ständen.

Er und seine Regierung ständen auf dem Standpunkt, daß Locarno ein großes Werk sei, daß es aber dem Völkerbund untergeordnet werden müsse und in den Völkerbund auf solche Weise eingeordnet, daß der Völkerbund nicht Schaden erleide.

Er bedauere aus tiefstem Herzen, daß durch diesen nötigen Entschluß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhindert werde. Er wisse am besten, wie unangeheurer Fortschritt für den Völkerbund durch den Eintritt dieses großen Landes erzielt worden wäre. Aber es sei besser, daß Deutschland erst später in einen ungeschädigten Völkerbund einziehe, bis die Probleme, die hier aufgeworfen sind, mit Ruhe und Reifeheit geklärt worden seien.

Chamberlains Antrag auf Vertagung.

Kurz vor 11 Uhr betrat Chamberlain die Rednertribüne, um den Antrag auf Vertagung zu begründen. Mit vor Erregung stockender Stimme führte er unter anderem aus:

Alle Schwierigkeiten sind in vollster Freundschaft erledigt und beseitigt worden. Wir waren alle sehr glücklich in der Sicherheit, daß wir nunmehr den Eintritt des großen Landes in den Völkerbund hier empfehlen könnten. Da hat eine neue Gewaltdrohung, eine neue Anwendung von Gewalt, die unverträglich ist mit dem Völkerbunds-gedanken, unser ganzes Werk zerstört.

Ich wünsche im Namen Englands und der englischen Delegation der Schwedischen und der tschechischen Delegation für ihr uneigennütziges und edles Verhalten Dank zu sagen.

Auch an dem Verhalten der deutschen Delegierten könne nicht die leiseste Kritik geübt werden. Sie haben sich würdig, klug und vernünftig verhalten und waren

von dem gleichen Willen zur Einigung beseelt, wie alle anderen Mächte. Chamberlain schloß mit den Worten:

„Wir müssen die Einigung, die wir hier gesunden haben und jetzt nicht verwirklichen können, in nächster Zukunft verwirklichen. Es darf nur eine Unterbrechung für den Augenblick sein. Wir können die Mitarbeit des großen deutschen Volkes im Völkerbund einfach nicht entbehren.“

Eine Rede Briands.

In ähnlichem Sinne wie Chamberlain sprach auch Briand. Er stellte fest, daß sich die Schwierigkeiten, die ansangs zwischen Frankreich und Deutschland bestanden, von Tag zu Tag gemindert hätten. Durch die Opfer der Herren Lunden und Benesch schien dann eine Lösung gefunden zu sein. Leider war sie ein Irrtum. „Heute stehen wir, — so fuhr Briand fort — vor der Unmöglichkeit, wie Ihnen bekannt, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Aber ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben. Das Friedens- und Verständigungs-werk ist nicht zerstört. Ich bin aus tiefstem Herzen überzeugt, daß wir aus dieser deistaten Situation ohne Nachteil für unser gemeinsames Friedenswerk hervorgehen werden. Nicht darf uns ein Geist der Ratserstrebhe beherrschen. Man hat mich einen unverbesslichen Optimisten genannt. Sogar in dieser schwierigen Situation, in der wir uns jetzt befinden, glaube ich nicht, daß der Völkerbund ernstlich Schaden leiden wird. Zu hohes hat er bisher geleistet, um durch vorübergehende Schwierigkeiten ernstlich zu leiden. Es ist notwendig, alle Kraft einzusetzen, um alle vor uns stehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die deutsche Delegation hat sich das große Verdienst erworben, indem sie am gestrigen Tag die Initiative ergriffen hat, um das Locarnoabkommen vor dem Scheitern zu retten.“

Einsetzung einer Studienkommission.

Hierauf sprach der Vorsitzende des Völkerbundsrates, Graf Fshii, der eine Resolution einbrachte, die entsprechend dem deutschen Vorschlag die Einsetzung einer Studienkommission zur Prüfung der Frage der Erweiterung des Rates vorsieht. Diese Kommission soll alle Fragen, die die Erweiterung des Rates betreffen, bis zum September klären.

Ein Schwächeanfall Lundens.

Nach Graf Fshii ergriff der schwedische Außenminister Lunden das Wort, mußte sich aber wegen eines Schwächeanfalles setzen. Seine Rede wurde von einem Sekretär nach einem Manuskript verlesen. Hierauf verlas der Vertreter Paraguays

eine Erklärung der südamerikanischen Staaten,

die am Dienstag Mello Franco mitgeteilt worden war. Der Vertreter Paraguays erklärte, leider wäre dieser Schritt ohne Erfolg geblieben. Brasilien hätte durch seine Haltung die Verhandlungen nicht erleichtert, wie von südamerikanischer Seite gehofft worden wäre.

Als weiterer Redner sprach der Schweizer Bundespräsident Motta, der besonders herzliche und tiefempfundene Worte des Bedauerns für die Ereignisse der letzten Tage fand. Darauf gab der Vertreter Hollands, der Pariser Gesandte Laudon, seiner Befürchtung darüber Ausdruck, daß der Geist der Verständigung nicht gestiegt hätte. Ein nochmaliges Scheitern eines deutschen Aufnahmeantrages im September würde ein nicht wiedergutzumachendes Unglück bedeuten.

Die Vertagung beschlossen.

Nach Beendigung der Aussprache nahm die Vollversammlung den Antrag auf Vertagung der Aufnahme Deutschlands sowie den Antrag des Grafen Fshii auf Einsetzung einer Studienkommission zur Prüfung der Erweiterung des Rates an. Die Vertagungsentscheidung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vollversammlung bedauert es tief, daß der Zweck, zu dem sie einberufen ist, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu erschließen, nicht erfüllt werden konnte, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich im September der Eintritt Deutschlands verwirklichen lasse.“